

Sozial- und Wohnungspolitik

Für ein solidarischeres Zusammenleben in unserer Stadt	1
Einleitung:	1
Das soziale Netz als Grundpfeiler kommunaler Sozialpolitik stärken	3
Den Bonn-Ausweis erhalten und weiterentwickeln	3
Das „Bonn-Ticket“ zur Sicherstellung der Mobilität von sozial schwachen Menschen einführen	4
Eine grundlegende Neuausrichtung der Arbeit der Bonner ARGE herbeiführen	4
Bezahlbaren Wohnraum in Bonn sicherstellen	7
Sozialpolitik im Stadtteil	8
Menschen am Rande der Gesellschaft	8

Für ein solidarischeres Zusammenleben in unserer Stadt, Schlüsselziele:

- Erhalt, Weiterentwicklung und bedarfsgerechter Ausbau des „sozialen Netzes“ der Selbsthilfe- und Beratungseinrichtungen
- Erhalt des Bonn-Ausweises und Ergänzungen des Leistungskataloges bei neuen sozialen Problemlagen, z. B. zur Reduzierung der Kinderarmut
- Einführung eines „Bonn-Tickets“ für die Mobilität sozial schwacher Menschen
- Grundlegende Neukonzeption der Arbeit der Bonner ARGE
- Erstellung und Umsetzung eines systematischen Wohnraumversorgungskonzepts zum Erhalt und Ausbau bezahlbaren Wohnraumes
- Stopp der Verdrängung sozialer Randgruppen aus dem öffentlichen Raum

Einleitung:

In Bonn gibt es große soziale Probleme. Die in weiten Teilen gelungene Stärkung des Standortes Bonn in den letzten 15 Jahren hat der Kommunalpolitik die Möglichkeit eröffnet, die Sozialpolitik aus dem Fokus ihrer Diskussionen zu nehmen. Die sich ausweitende Kinderarmut in der Stadt Bonn wurde von höchster Stelle zunächst in Abrede gestellt und dann nur halbherzig als politisches Problem angegangen. Auf die Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch die Arbeitsgemeinschaft ARGE, an der die Stadt als Vertragspartner beteiligt ist, wurde

kaum oder zumindest nicht ersichtlich Einfluss genommen. Eine systematische kommunale Strategie zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit besteht nicht. Die Oberbürgermeisterin und ihre Ratsmehrheit aus CDU und SPD haben Einschnitte in die Hilfeleistungen für sozial Schwache gebilligt. Für den Umgang mit einer drohenden Wohnraumkrise gibt es bislang keine durchdachte Strategie. Zugunsten eines vermeintlich attraktiveren Erscheinungsbildes der Bonner Innenstadt hat die Große Koalition auf Verdrängung von Angehörigen sozialer Randgruppen gesetzt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN waren bei der Diskussion all dieser schwierigen Probleme der Vorreiter für soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt. Wir haben in haushaltspolitisch verantwortlicher Haltung effektive Ergänzungen für das soziale Netz in der Bundesstadt Bonn vorgeschlagen. Wir haben die Akteure des sozialen Netzes in ihrer Arbeit zur Reduzierung der Kinderarmut unterstützt. Die GRÜNEN haben als einzige Ratsfraktion eine aktivere Einmischung der Stadt Bonn in die Arbeit der Bonner ARGE gefordert. Wir haben die anstehenden Herausforderungen in Sachen Integration, demografischer Wandel und Wohnraumversorgung benannt. Wir haben uns gegen die Verdrängung von sozialen Randgruppen aus der Öffentlichkeit eingesetzt.

Wir wollen nach der Kommunalwahl einen Aufbruch zu mehr sozialer Gerechtigkeit in der Stadt organisieren. Wir wollen nicht zulassen, dass Menschen auch in einer reichen Stadt wie Bonn aufgrund ihrer Armut nicht mehr an der Gesellschaft teilhaben können.

Unser Ansatz zur Reduzierung sozialer Probleme in unserer Stadt ist der einer emanzipativen Sozialpolitik. Wir wollen die Menschen unterstützen, die sich selbst und anderen helfen wollen. Der Förderung der Selbsthilfe kommt daher eine besondere Bedeutung in unserer Sozialpolitik zu. Viele Menschen stehen aber vor so großen Problemen, sind bereits so stark aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt, haben derart schwierige Kämpfe um Unterstützung mit Behörden auszufechten, dass sie die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Situation verloren haben. Den Menschen wieder Mut zu machen, ihnen Anerkennung und Respekt zuteil werden zu lassen, dazu kann Kommunalpolitik einen Beitrag leisten, für den wir uns vehement einsetzen.

Das soziale Netz als Grundpfeiler kommunaler Sozialpolitik stärken

Dem Netz aus Beratungs- und Hilfeeinrichtungen für Menschen in sozialen Problemlagen kommt eine zentrale Bedeutung in der städtischen Sozialpolitik zu. Diese Institutionen, die oftmals aus der Selbsthilfe heraus entstanden sind, leisten besonders effektive Hilfe. Es ist gelungen, die städtischen Zuschüsse für die freien Träger des sozialen Netzes stabil zu halten. Dieses Engagement ist nicht etwa nur ein besonders solidarischer Beitrag aus dem Haushalt der Stadt Bonn zugunsten von sozial schwachen Menschen. Die präventiv ausgerichtete Arbeit der freien Träger hilft auch, zukünftige Kosten für die öffentlichen Kassen zu vermeiden und Menschen aus der Abhängigkeit von Leistungsbezügen zu befreien. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die städtischen Zuschüsse erhalten bleiben. Dies ist auch ein Beitrag zur Förderung des Ehrenamtes, weil die freien Träger oft intensive Freiwilligenarbeit betreiben. Aber die freien Träger werden ihr Angebot nur aufrechterhalten können, wenn steigende Personal- und Betriebskosten nicht alleine von ihnen geschultert werden müssen. Die Zuschüsse für das soziale Netz in Bonn müssen daher unter Berücksichtigung von neuen Herausforderungen in der Sozialpolitik (wie die notwendige bessere Integration von Migrantinnen und Migranten, der demografische Wandel und die Kinderarmut) bedarfsorientiert erhöht werden. Zur Absicherung ihrer Arbeit sind den freien Trägern, insbesondere den kleineren Initiativen, die mit verhältnismäßig geringen städtischen Zuschüssen auskommen, künftig auch wieder verstärkt Förderverträge anzubieten.

Den Bonn-Ausweis erhalten und weiterentwickeln

Der Bonn-Ausweis stellt für viele Menschen eine notwendige Grundlage zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dar. Wir werden daher für den Erhalt des Bonn-Ausweises ohne Abstriche am Leistungskatalog eintreten. Reduzierte Preise, Gebühren und Beiträge für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, der städtischen Sport- und Schwimmanlagen, der Musikschule und des Theaters sind der notwendige städtische Beitrag zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums. Wir werden aber ebenfalls eine Weiterentwicklung des Bonn-Ausweises unterstützen, um auf neue soziale Problemlagen zu reagieren – bereits in der laufenden Amtsperiode des Rates wurden erste Schritte unternommen, mit dem Bonn-Ausweis beispielsweise umfassendere Leistungen für kinderreiche Familien anzubieten. Zur Hilfe für Kinder in Armut eignet sich der Bonn-Ausweis besonders, weil die Leistungen ohne Umwege bei den Betroffenen, den Kindern selbst,

ankommen.

Wir wollen den Leistungskatalog des Bonn-Ausweises um kostenlose Mittagessen in Kindergärten und U3-Gruppen, kostenlose Schulspeisung an den weiterführenden Schulen und den kostenfreien Besuch der offenen Ganztagschule ausweiten. Zu überprüfen ist zudem, inwieweit alle Menschen, die auf die Leistungen des Bonn-Ausweises dringend angewiesen wären, auf Grundlage der gültigen Bemessungsgrenzen auch tatsächlich einen Anspruch auf den Bonn-Ausweis haben. Hier sind gegebenenfalls Ausweitungen vorzunehmen.

Das „Bonn-Ticket“ zur Sicherstellung der Mobilität von sozial schwachen Menschen einführen

Die steigenden Kosten der allgemeinen Lebenshaltung sind für immer breitere Schichten der Bevölkerung kaum noch zu schultern. Ein besonderes Problemfeld ist hierbei die Mobilität, die aufgrund steigender Energiepreise für immer mehr Menschen nicht mehr sichergestellt ist. Eine Antwort, um die Mobilität von sozial schwachen Menschen zu unterstützen und gleichzeitig den Klimaschutz zu stärken, ist die Einführung eines so genannten „Bonn-Tickets“. Nach dem Vorbild der Stadt Dortmund wollen wir ein besonders vergünstigtes Ticket für sozial schwache Menschen einführen. Dieses Ticket würde den Betroffenen zu einem günstigen Preis die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs auf dem Gebiet der Stadt Bonn ermöglichen.

Eine grundlegende Neuausrichtung der Arbeit der Bonner ARGE herbeiführen

Im Jahr 2007 haben mehr als zehn Prozent der Bonnerinnen und Bonner unter 65 Jahren Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld erhalten. Damit liegt Bonn noch unter dem Anteil vergleichbar großer Städte in Deutschland. Diese Zahl spricht eine andere Sprache als die von der Bundesregierung vermeldeten Aufschwungsmeldungen. Ein Großteil der HilfeempfängerInnen wird seit den Arbeitsmarktreformen des Jahres 2003 nunmehr im Wesentlichen durch die Arbeitsgemeinschaft ARGE betreut. Was in der öffentlichen Diskussion oft untergeht, ist das Faktum, dass viele Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, im Rahmen von „Ein-Euro-Jobs“, anderen Maßnahmen oder auf dem freien Arbeitsmarkt arbeiten. Zum Juni 2008 waren 4.189 Personen von so genannten ergänzenden Leistungen der Bonner ARGE abhängig – diese Menschen sind erwerbstätig, verdienen mit ihrer Arbeit jedoch so wenig Geld, dass sie Anspruch auf Unterstützung haben.

Angesichts dessen, dass ein so hoher Anteil der Bonner Bevölkerung durch die ARGE betreut wird, erschreckt es, wie wenig die Kommunalpolitik sich in die Arbeit dieser Behörde einmischen will. Dabei ist die Stadt Bonn gleichberechtigte Vertragspartnerin der Bonner ARGE. Viele Kommunen nehmen in höherem Maße Einfluss auf die Arbeit ihrer jeweiligen Arbeitsgemeinschaften. Der Umstand, dass die Ratsmehrheit sich mit dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit nicht beschäftigen wollte, hat dazu geführt, dass die ARGE intransparent und nicht effektiv genug arbeitet. Sie verwaltet neben den Leistungen für die Hilfeempfänger ein gewaltiges Budget für Integrationsmaßnahmen. Diese öffentlichen Gelder werden ohne effektive Einflussnahme der demokratisch legitimierten Gremien in der Stadt Bonn verwendet. In ihr Arbeitsmarktprogramm zur Verwendung dieses Geldes gewährt die ARGE Bonn keine Einsicht.

Gleichzeitig wird immer wieder deutlich, dass die ARGE zwar einiges von ihren Hilfeempfängern „fordert“, diese aber nicht selten in unzureichendem Maß „fördert“. So sind in der jüngeren Vergangenheit einige Fälle bekannt geworden, in denen Menschen in großer Not nur unzureichend oder gar nicht geholfen wurde. Die Mitarbeiter der ARGE sind kaum oder gar nicht telefonisch erreichbar, aufsuchen dürfen LeistungsempfängerInnen sie nur, wenn sie eine schriftliche Einladung erhalten haben. Die Räumlichkeiten der Bonner ARGE sind nicht dazu geeignet, dem hohen Kundenandrang gerecht zu werden. Diese strukturellen Mängel haben sogar dazu geführt, dass die ARGE sich veranlasst sah, einen Sicherheitsdienst einzurichten, der den Zugang der Kunden zu den Beratern der ARGE überwacht und die Sicherheit der Mitarbeiter garantieren soll. Die Mitnahme eines (gesetzlich garantierten) Beistandes zu Beratungsgesprächen wurde seitens der ARGE wiederholt problematisiert. Eine starke unabhängige Beschwerdestelle, an der sich Kundinnen und Kunden bei gefühlten oder tatsächlichen ungerechten Entscheidungen wenden könnten, gibt es nicht. Trotz der Unnahbarkeit der EntscheidungsträgerInnen bei der ARGE werden unverständliche Bescheide ausgestellt, unverhältnismäßige Leistungskürzungen vorgenommen. Viele LeistungsempfängerInnen haben das Gefühl, dass die Behörde ihnen die Luft zum Atmen nimmt. Dieses Klima ist denkbar ungeeignet für ein produktives Zusammenwirken zwischen Leistungsbeziehern und Leistungserbringern. Viele Menschen würden sich gerne aus der Abhängigkeit vom Leistungsbezug befreien,

müssen ihre Zeit und Energien aber in permanente Auseinandersetzungen um Grundsicherungsleistungen investieren.

Bei den besonderen Angeboten für Langzeitarbeitslose, den Qualifikations- und Arbeitsmarktmaßnahmen, gewährt die ARGE der Öffentlichkeit, lokalen Akteuren und der Kommunalpolitik oftmals weder Einsicht in die eigene Vorgehensweise noch die Möglichkeit zur Mitsprache. Es entsteht der Eindruck, dass hier ein einseitiger Schwerpunkt zugunsten der so genannten „Ein-Euro-Jobs“ gesetzt wird. Die Bonner ARGE beschreibt diese Maßnahmen nach wie vor als pauschal sinnvoll, obwohl dies von Fachleuten bezweifelt wird. Sie kontrolliert nicht einmal, ob die Anbieter von „Ein-Euro-Jobs“ ihrer Verpflichtung nachkommen, die „Ein-Euro-Jobber“ in ihrer Arbeitszeit ausreichend zu qualifizieren.

Mit dem kommunalen Einfluss auf die Langzeitarbeitslosenbetreuung ist grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen, dass Kommunalpolitik ihre Ideen in diese Arbeit einbringt. Vor diesem Hintergrund fordern die Bonner GRÜNEN die Einrichtung eines unabhängigen Beschwerdemanagements, eines Ombudsmannes bei der Bonner ARGE. Das Arbeitsmarktprogramm der Bonner ARGE und die Verwendung des Integrationsbudgets sollen künftig in einem Dialogprozess mit Kommunalpolitik und lokalen Akteuren der Sozial- und Arbeitslosenhilfe bestimmt werden. Wir wollen die Einrichtung eines lokalen Qualifikationszentrums prüfen, das sowohl die Vermittlung von Elementarfähigkeiten (z. B. Alphabetisierungskurse) als auch effektive und innovative Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit regionalen Bildungsinstitutionen anbietet. Wir wollen die ARGE im Stadtgebiet dezentralisieren, so dass sie in den Stadtteilen präsent ist und in räumlicher Nähe zu den Betroffenen Hilfe leistet. Die dezentralisierten Anlaufstellen der ARGE müssen in geeigneteren Räumlichkeiten als bisher untergebracht werden. Die telefonische Erreichbarkeit der ARGE muss hergestellt werden. Es muss ferner sichergestellt werden, dass Hilfesuchende kurzfristig Beratungstermine und dringende Unterstützungsleistungen erhalten.

Im Rahmen der Neuordnung der Betreuung Langzeitarbeitsloser, die aufgrund eines Verfassungsgerichtsurteils zum Jahr 2010 geschehen muss, soll eine grundlegend andere Aufsichtsstruktur der in Bonn neu zu schaffenden Behörde erreicht werden. Sollte die Stadt Bonn wiederum gleichberechtigter Vertragspartner in der neuen Behörde werden, muss eine neu einzurichtende Lenkungsgruppe nun mit Vertretern

aller im Rat vorhandenen Fraktionen besetzt werden. Auch soll die neue Behörde sich institutionell den fachlichen Inputs aus dem Bonner sozialen Netz öffnen. Die angemessene Vertretung von Arbeitslosenselbsthilfegruppen, Gewerkschaften, aber auch der Wohlfahrtsverbände und der kommunalen Wirtschaftsverbände muss sichergestellt werden, besonders in Hinblick auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.

Bezahlbaren Wohnraum in Bonn sicherstellen

Der noch von der damaligen CDU-Mehrheit zu verantwortende Verkauf städtischer Sozialwohnungen, die Veräußerung der LEG-Wohnungen durch die Landesregierung, die Ablösung von städtischen Wohnungsbelegungsrechten durch die Eigentümer und eine insgesamt aufstrebende Tendenz auf dem Bonner Immobilienmarkt könnten in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Bonn zu einer Krise führen. Obwohl die von der Stadt zu leistenden „Kosten der Unterkunft“ für BezieherInnen sozialer Leistungen Jahr für Jahr ansteigen, scheint die Verwaltung noch nicht angemessen auf den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für mehr und mehr Menschen zu reagieren. Bisher ist die Stadtentwicklungspolitik auf die Planung von hochpreisigen Wohnungen fokussiert. Auch die leichte Anhebung des Wohngeldes für sozial schwächere Menschen wird das Problem nicht aus der Welt schaffen. Dabei sind nicht allein die EmpfängerInnen sozialer Leistungen von zu teuren Wohnungsmieten betroffen. Es ist deshalb eine grundlegende Strategie für bezahlbaren Wohnraum in Bonn zu erarbeiten. Mit Anfertigung einer solchen Wohnraumversorgungskonzeption wurde die Verwaltung auf Initiative der GRÜNEN bereits beauftragt.

Dies wird einen Kraftakt darstellen, der die Einbindung einer Vielzahl städtischer Institutionen erfordern wird. Es wird zu eruieren sein, inwieweit wieder verstärkt städtische Wohnungen geschaffen werden können. Auf dem öffentlich geförderten Wohnungsmarkt muss sichergestellt werden, dass städtische Belegungsrechte nicht mittelfristig wieder abgelöst werden. Deshalb müssen die rechtlichen Möglichkeiten geprüft werden, wie Erleichterungen zum Bauen in der Bundesstadt Bonn an langfristige städtische Belegungsrechte geknüpft werden können. Bezahlbarer Wohnraum muss darüber hinaus nicht lokal in einigen Stadtteilen konzentriert, sondern im gesamten Stadtgebiet vorhanden bleiben. Dies ist stärker als bislang bei Projekten der Bauverdichtung und zur Schließung von Baulücken sowie beim Dachgeschossausbau zu berücksichtigen. Bei der Ausweitung von Wohnraum stößt die Stadt Bonn schon heute an Wachstumsgrenzen. Dies muss daher entlang

ökologischer Grenzen geschehen. Hierzu ist bei den noch realisierbaren Projekten eine Änderung der Prioritäten zugunsten günstigen Wohnraumes herbeizuführen. Der demografische Wandel wird zudem erfordern, dass Wohnraum stärker an den Bedürfnissen unterschiedlicher Generationen ausgerichtet wird.

Sozialpolitik im Stadtteil

Wir begrüßen die Neuausrichtung der städtischen Sozialpolitik zur Stärkung sozialräumlicher Zusammenhänge. In den Stadtteilen und Nachbarschaften kann viel geleistet werden, um Menschen in sozialen Problemlagen zu unterstützen. Wir wollen diese sozialräumliche Orientierung, die Vernetzung von örtlichen Akteuren, um eine noch stärkere Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen ergänzen. Das angestrebte Programm für den Stadtteil Tannenbusch, der zum „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ erklärt werden soll, kann hier unter Berücksichtigung der bereits in Bonn gemachten Erfahrungen modellhaft werden. Die Mitsprache gerade von Angehörigen sozialer Randgruppen wie z. B. von Jugendlichen ohne Schulabschluss wollen wir fördern. Auch lokal orientierte Ordnungspartnerschaften zur Kriminalitätsprävention sollen sich stärker an der Mitsprache der betroffenen Bevölkerungsgruppen orientieren.

Menschen am Rande der Gesellschaft

Unfreiwillige Wohnungslosigkeit (auch von Jugendlichen oder alten Menschen), Elendsprostitution, Drogenabhängigkeit – diese Phänomene sind leider auch in einer wohlhabenden Stadt wie Bonn zu beobachten. Menschen, die am untersten Ende der Gesellschaft stehen, zu helfen, muss wieder zentrales Ziel der städtischen Sozialpolitik sein. Die Stadt darf sich nicht damit abfinden, dass Menschen bei Minustemperaturen auf ihren Straßen schlafen müssen. Die Stadt darf sich nicht damit abfinden, dass Jugendliche, junge Erwachsene und alte Menschen in Wohnungslosigkeit geraten. Die Stadt darf sich nicht tatenlos mit einer Elendsprostitution abfinden, bei der die betroffenen Frauen unter extrem unwürdigen Bedingungen ihrer Tätigkeit nachgehen müssen. Neben den sozialen Problemen leiden diese Menschen in besonderem Maße unter Ausgrenzung und Verachtung. Wir GRÜNE fordern ein, dass auch diesen Menschen Respekt und Anerkennung entgegen gebracht wird. Niemand verdient es, aufgegeben zu werden.

Deshalb wollen wir die Angebote für Menschen ohne festen Wohnsitz wesentlich verbessern. Hierzu wird ein zusätzliches finanzielles Engagement der Stadt

unausweichlich sein. Der Ausgrenzung von Menschen ohne festen Wohnsitz, ihrer Verdrängung aus dem öffentlichen Leben und von zentralen Plätzen der Stadt werden wir uns weiter entschieden entgegenstellen. Wir wollen keine „Kriminalisierung der Armut“, die überhöhte Geldstrafen für angeblich aggressives Betteln, den Konsum von Alkohol oder das Lagern auf öffentlichen Straßen und Plätzen als Ordnungswidrigkeiten nach sich zieht.

Die Straßenprostitution wollen wir – wie bereits von den städtischen Gremien beschlossen – nach dem „Kölner Modell“ für die betroffenen Frauen würdiger gestalten. Wichtig sind hier neben einem neuen Gelände die Sicherheit der Frauen, eine umfassende sozialarbeiterische Betreuung und die Einrichtung einer Ausstiegsberatung.